

Mieter/Bürgerinitiative Hallschlag

Liebe Bewohner der Häuser Lübecker Str. 2 – 10 und Dessauer Str. 1, 5 und 9,

wir haben folgenden Brief an die SWSG-Geschäftsführung, den Aufsichtsrat der SWSG, die Gemeinde- und Bezirksbeiräte, sowie an das Büro „Zukunft Hallschlag“ geschrieben:

Kein Abriss der Häuser in der Lübecker und Dessauer Straße Bleiberecht für alle Bewohner

Stuttgart, den 19.5.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SWSG entmietet 125 Wohnungen in der Lübecker Straße 2 –10 und Dessauer Str. 1, 5 und 9. Die Mehrheit im Aufsichtsrat der SWSG, im Gemeinderat und Bezirksbeirat Bad Cannstatt hat beschlossen diese Häuser abzureissen um 150 Mietwohnungen neu zu bauen.

Für die angeblich abrisssreifen Wohnungen bezahlen die Mieter der frei finanzierten Wohnungen 7,65 Euro bis 8,45 Euro Kaltmiete. 29 Wohnungen sind Fürsorgeunterkünfte.

Die Mieten der neu geplanten frei finanzierten Wohnungen werden mindestens bei 11 Euro pro Quadratmeter liegen. Selbst die Mieten der neuen geförderten Wohnungen werden höher sein als die heutigen Mieten der frei finanzierten Wohnungen.

Aufgrund des großzügigeren Zuschnitts der geplanten Wohnungen werden in den Neubauten trotz höherer Quadratmeterzahl nach unserer Einschätzung nicht mehr Menschen wohnen als heute in den bestehenden. OB Fritz Kuhn will angeblich dem „Trend zum Wachstum der Wohnungsgrößen entgegenwirken“ und fordert „platzsparenden Wohnungsbau“ (Siehe „Wohnen in Stuttgart“ vom 5.12.2013). Die SWSG macht aber das Gegenteil. Sie will in der Dessauer und Lübecker Straße 3-Zimmer-Wohnungen mit 68qm abreißen und durch großzügige Neubauwohnungen ersetzen. Anderswo werden mit immens hohen Modernisierungskosten die Grundrisse bestehender Wohnungen vergrößert. Die betroffenen Mieter werden überhaupt nicht nach ihren Bedürfnissen gefragt.

Wir haben die Entmietung und den Abriss der Häuser in der Lübecker und Dessauer Straße von Anfang an abgelehnt, weil die Wohnungen erst Ende der 80er Jahre saniert wurden und in einem viel besseren Zustand sind als viele andere Wohnungen der SWSG. Während es in vielen Wohnungen der SWSG Probleme mit Schimmel gibt, ist uns kein Schimmelbefall in den Häusern Lübecker und Dessauer Straße bekannt. Und dies trotz innenliegender Bäder, hoher Belegung und entsprechend vielen Möbeln an den Wänden.

Unser wichtigste Argument für den Erhalt der Laubengänge ist der dramatische sich immer weiter zuspitzende Mangel an relativ preisgünstigen Mietwohnungen.

Viele in der Dessauer und Lübecker Straße lebende Mieter haben uns immer wieder gesagt, dass sie mit den Wohnungen zufrieden sind und gar nicht ausziehen wollen. Zurecht sind die Bewohner nicht bereit in schlechtere Wohnungen umzuziehen. Deshalb war bei unserer Protestaktion am 26.2. vor dem Kundenzentrum Hallschlag eine unserer Forderungen: „Wiedervermietung der leer stehenden Wohnungen in der Lübecker/Dessauer Straße statt Abriss.“

Bewohner, die noch in der Lübecker Straße wohnen, haben sich an uns gewandt, weil sie immer noch keine Ersatzwohnung bekommen haben bzw. die angebotenen Ersatzwohnungen noch kleiner und/oder in einem viel

schlechteren Zustand als ihrer jetzige Wohnung sind. Wir haben Mieter getroffen, die völlig verzweifelt sind und mit uns nur unter Tränen sprechen konnten.

Bis zum 31.7.2015 sollen alle noch in den betroffenen Häusern lebenden Bewohner ihre Wohnung verlassen. In den zum Abriss vorgesehenen Häusern wohnen noch immer 42 Familien bzw. alleinstehende Personen.

Mieter, die jahrzehntelang im Hallschlag gewohnt haben, sollen ohne Rücksicht auf ihre familiäre Situation weit weg ziehen. Eine Mieterin, die jetzt eine 48 qm große Fürsorgeunterkunft hat, soll in eine 30qm von Schimmel befallene und total heruntergekommene Wohnung in Büsnau ziehen. Eine 3-köpfige Familie, die jetzt 68 qm in der Lübecker Straße bewohnt, soll in eine schimmelige 50 qm kleine Wohnung in Auf der Steig umziehen, aus der sie auch bald wieder wegen Modernisierungsmaßnahmen ausziehen muss. Selbst eine Mieterin, die 800 Euro für eine 3-Zimmer-Wohnung bezahlen kann, hat bislang keine Ersatzwohnung von der SWSG bekommen. Uns sind zwei Fälle bekannt, in denen Familien aus Fürsorgeunterkünften aus der Straße Auf der Steig mit dem Versprechen, dass sie nach zwei Jahren einen Mietvertrag bekommen würden, zum Umzug in die Dessauer Straße geködert worden waren. Einen Monat vor Ablauf der 2-Jahresfrist wurde ihnen die Wohnung gekündigt und sie aufgefordert sich selbst eine Wohnung zu suchen. Frau Sheriff vom Sozialamt hat uns bestätigt, dass es das Versprechen von Mietverträgen für Bewohner von Fürsorgeunterkünften gegeben hat und dieses nicht eingehalten wurde.

Die Situation in den betreffenden Straßen macht deutlich, dass Mieter nicht aus den Fürsorgeunterkünften herauskommen, weil sie trotz Wohnberechtigungsschein keine Angebote bekommen. Es gibt Mieter, die schon seit 16 Jahren in Notunterkünften wohnen.

Wir sind empört darüber, dass seit einigen Wochen Instandhaltungsarbeiten in den zwangsentmieteten Häuser in der Dessauer Str. 5 und 9 stattfinden. Das heißt, die Häuser werden nicht wie geplant, abgerissen, sondern neu vermietet. Es sollen vorübergehend Flüchtlinge untergebracht werden. Auf die noch wohnenden Mieter (11 Haushalte) in der Dessauer Str. 5 und 9 wird der Druck erhöht auszuziehen. **Wir finden es absolut skandalös, dass Bewohner und Flüchtlinge gegeneinander ausgespielt werden. Wer eine solche Politik betreibt, schürt Rassismus.**

Die SWSG hat in vielen Stadtteilen Wohnungen, die entmietet wurden und die für die vorübergehende oder dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden können. Allein im Sandweg in Heschlach stehen von den 100 qm großen Reihenhäusern mindestens neun leer. In Stuttgart stehen 11.000 Wohnungen und mehr als 400.000 Quadratmeter Gewerbeflächen leer. Anstatt Bewohner aus ihren Wohnungen zu vertreiben, muss der Leerstand für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderen Wohnungssuchenden genutzt werden. Es ist Aufgabe der Stadt dafür zu sorgen.

Wir fordern:

- Sofortiger Entmietungsstopp in der Dessauer und Lübecker Straße. Erhalt dieser Häuser als preisgünstige Wohnungen und für Notunterkünfte. Kein Abriss für teure Neubauten. Unbefristetes Wohnrecht für alle derzeitigen Bewohner in den Häusern Lübecker Str. 2 – 10 und Dessauer Str. 1, 5, 9 – egal welchen Status sie haben.
- Alle zwangsumgezogenen ehemaligen Mieter in der Dessauer und Lübecker Straße sollen das Recht haben, wieder zurückzuziehen, wenn sie das wünschen.
- Vermietung aller darüber hinaus vorhandenen Wohnungen an Flüchtlinge und andere dringend auf Wohnungen angewiesene Menschen.
- Weitere Instandhaltungsmaßnahmen in den Laubengängen in der Dessauer und Lübecker Straße (Neue Balkonbrüstungen, neuer Fassadenanstrich)

Mit freundlichen Grüßen
für den Vorstand

Antonio Ciliberti
Ursel Beck

www.mieter-buergerinitiative-hallschlag.de
info@mieter-buergerinitiative-hallschlag.de